

Eingang 01.09.2004  
we

Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie  
des Landes Schleswig-Holstein • Lorentzendam 35 • 24103 Kiel

Ministerium für Justiz,  
Frauen, Jugend und Familie  
des Landes Schleswig-Holstein

per Fax:  
Schleswig-Holsteinischer  
Landtag  
- Sozialausschuss -  
Der Vorsitzende

0431/988-1156

Kiel, 31. August 2004

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 15 / 4870

Ministerin

**Entwurf eines Gesetzes zur Umwandlung psychiatrischer Einrichtungen und Entziehungsanstalten (PsychE-UmwG)**  
**Gesetzentwurf der Landesregierung**  
**Drucksache 15/3495**

**Ihr Schreiben vom 26. August 2004**  
**Schreiben der FDP-Landtagsfraktion vom 27. August 2004**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für Ihr Schreiben vom 26. August 2004 bedanke ich mich. Ich habe dieses zusammen mit dem Schreiben der FDP-Landtagsfraktion vom 27. August 2004 sowie dem o. g. Gesetzentwurf dem Leitenden Oberstaatsanwalt Wille mit der Bitte übersandt, zu überprüfen, ob er in der Anhörung am 2. September 2004 zu o. g. Gesetzentwurf aus der Sicht der Staatsanwaltschaft einen fachlichen Beitrag leisten kann. Herr Wille teilt mit, dass er den Text geprüft und mit dem für die Zusammenarbeit mit den psychiatrischen Einrichtungen zuständigen Staatsanwalt erörtert habe. Übereinstimmend sei man zu der Auffassung gelangt, dass durch den Entwurf keine Änderung für die Tätigkeit der Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde erfolgt sei, da insbesondere das Maßregelvollzugsgesetz und hier der § 19 unberührt blieben. Über die Auswirkung der Privatisierung des Maßregelvollzuges könne er keinerlei Angaben machen.

Das Ministerium finden Sie im Internet unter <http://www.mjf.schleswig-holstein.de>

Lorentzendam 35  
24103 Kiel  
Telefon (04 31) 9 88 - 37 00  
E-Mail: [Poststelle@jumi.landsh.de](mailto:Poststelle@jumi.landsh.de)

Ich teile die Einschätzung des Leitenden Oberstaatsanwaltes Wille. Nähere Auskünfte über das Privatisierungsvorhaben können vielmehr durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums erteilt werden. Aus dem Justizministerium kann ergänzend Herr Ministerialrat Schwelle Stellung beziehen. Dieser wird in der Anhörung am 2. September 2004 erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen



Anne Lütkes